

Wir schauen nicht weg

KPÖ: Helfen statt reden

Privilegien und Postenschacher gibt es bei der KPÖ nicht. Alle Mandatarinnen und Mandatare, die von einem politischen Einkommen leben, behalten höchstens 2.200 Euro für sich. Was darüber liegt, wird in einen Sozialfonds einbezahlt, mit dem Steirerinnen und Steirer in Notlagen unterstützt werden. Seit 1998 wurde über 1,6 Millionen Euro an konkreter Hilfe geleistet. Damit konnten über 11.500 Familien und Personen unterstützt werden.

Weil sich unsere Mandatarinnen und Mandatare mit ihrem Einkommen nicht vom Großteil der Bevölkerung abheben, wissen sie, wo der Schuh drückt.

Die KPÖ bietet kostenlose Beratung in sozial- und mietrechtlichen Fragen an.



KPÖ-Politikerinnen und -Politiker sind anders:

Der Überschuss aus überhöhten Polit-Einkommen wird für Menschen in Notlagen verwendet, die Verwendung des Geldes alljährlich offengelegt.

Von links nach rechts: Die KPÖ-Abgeordneten Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler; die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

Erreichbar unter: 0316/877 5102
www.kpoe-steiermark.at



Claudia Klimt-Weithaler

Am 31. Mai: KPÖ – Liste 5 wählen!

Die KPÖ schaut nicht weg, wenn es um die Probleme des täglichen Lebens geht. Durch die Verkleinerung des Landtags ist es diesmal noch schwerer, in den Landtag zu kommen. Ihre Stimme für die KPÖ bei der Landtagswahl am 31. Mai ist eine wichtige Stimme für Gerechtigkeit!

Die Kandidatinnen und Kandidaten der KPÖ

Wir stellen einige unserer Kandidatinnen und Kandidaten vor:



Claudia Klimt-Weithaler
Landtagsabgeordnete



Horst Alič
Justizwachebeamter, Personalvertreter



Elke Heinrichs
Gemeinderätin in Graz, Betriebsrätin



Hilde Tragler
Betriebsrätin Magna-Steyr



Werner Murgg
Landtagsabgeordneter



Renate Pacher
Stadträtin in Knittelfeld



Hanno Wisiak
Bezirksvorsteher-Stv. in Graz-Geidorf



Gabi Leitenbauer
Vizebürgermeisterin Trofaiach

Vollständige Listen aller Wahlkreise unter
www.kpoe-steiermark.at

Claudia Klimt-Weithaler



KPÖ

Liste 5

Stimme für Gerechtigkeit



„Die Probleme von Kindern, die in Armut aufwachsen, sind wichtiger als Rückzahlungen für die Hypo-Spekulanten. Deshalb muss es eine soziale Kraft im Land geben, die den Mächtigen auf die Finger schaut.“

Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Landtagsabgeordnete

Wir schauen nicht weg

Gesundheit und Pflege: Ausbauen statt kaputtsparen!

Das Kaputtsparen der Spitäler auf Kosten der Kranken und des Personals muss gestoppt werden. Nach der Wahl sollen weitere Abteilungen in Spitälern geschlossen und die Versorgung weiter ausgedünnt werden. Wenn Voves und Schützenhöfer kein Widerstand entgegengesetzt wird, droht höchste Gefahr.

Bei der Pflege konnte die KPÖ die Abschaffung des ungerechten Regresses durchsetzen. Nach wie vor werden aber Millionen verschwendet, weil das Land profitorientierte Heime subventioniert, statt Gemeinnützigkeit zu fördern.

Gesundheit und Pflege sind finanzierbar!

40.000 steirische Kinder leben in Armut

40.000 steirische Kinder wachsen an oder unter der Armutsgrenze auf. Voves und Schützenhöfer schauen nicht nur weg, sie haben Unterstützungen für Kinder und sozial schwache Familien sogar gekürzt und abgeschafft. Das ist eine Schande. Kinder verdienen ein besseres Leben!



Protest im Landhaushof gegen Schulschließungen



Wohnen macht arm

Die Wohnbaufördermittel müssen wieder in den Sozialen Wohnbau investiert werden. Die KPÖ setzt sich dafür ein, Wohnen durch Maßnahmen wie Gebührenstopp, einen Kautionsfonds und eine Wohnbeihilfe, die diesen Namen auch verdient, wieder leistbar zu machen. Außerdem müssen mehr erschwingliche Wohnungen gebaut werden.

60.000 ohne Arbeit

60.000 Menschen waren in den ersten Monaten des Jahres 2015 in der Steiermark auf Arbeitssuche. Das ist ein trauriger Rekord. Die Regierung Voves-Schützenhöfer hat mit ihren Kürzungen aktiv dazu beigetragen, Menschen in die Arbeitslosigkeit zu drängen und das Land in eine wirtschaftliche Abwärtsspirale zu bringen.



Stimme für Gerechtigkeit



Spielsucht ruiniert tausende Existenzen

Die Spielsucht betrifft immer mehr Steirerinnen und Steirer. Das Geschäft mit dem Elend der Betroffenen und ihrer Angehörigen wird seit langem von SPÖ, ÖVP und FPÖ gefördert.

Ab 2016 werden noch höhere Einsätze erlaubt sein. Die KPÖ tritt für ein Verbot der Automaten ein. Von der Geschäftemacherei mit der Spielsucht profitiert nur die Glücksspielindustrie!



Landtagswahl 31. Mai 2015

~~X~~ **KPÖ** Liste 5